Demokratie braucht Auseinandersetzung, nicht lange Rekursfristen

5. Februar 2021: Ich fühle mich hilflos und müde. Täglich werden neue Massnahmen verkündet und eingeführt. Kein Tabu, das nicht auch noch gebrochen würde. Und trotzdem weiss niemand, wann endlich ein Hauch von Vernunft zurückkehren wird.



Ich erlebe viele Menschen, die gleichgültig wie apathisch wirken. Dummerweise ist es so, dass die Massnahmen unseren Alltag längst durchdringt haben. Ich glaube nicht, dass ich mich daran gewöhnt habe, nur ist es offensichtlich auch nicht einfach, sich dagegen zu wehren.

Nicht nur in dem Sinne, dass ich, wenn ich es tue, viel Abneigung bis Wut erlebe. Nein, die Schwierigkeit mit den offiziellen Corona-Massnahmen nicht einverstanden zu sein, besteht darin, dabei nicht zu ermüden und oder auszulaugen. Es ist nicht nur deshalb ein sehr beschwerlicher Weg, weil (Nach-)Denken bereits vor Corona längst keine Hochkonjunktur mehr hatte.

Unsere politische Debatte ist schon seit vielen Jahren brachial aufgedunsen. Wer laut(er) schreit, wird (mehr) erhört. Dies umso mehr, als Regierung und Verwaltung sich mitunter gar sehr aktiv in politische (Abstimmungs-)Prozesse einbringen. Problematisch ist dies deshalb, weil diese mit Staatsgeldern Kampagnen aus dem Hut zaubern können, wo hingegen jene, welche gegehalten möchten, alles (richtigerweise) aus privater Kasse zahlen.

So wurden am 15. Januar 90'000 Unterschriften gegen das Gefährder-Gesetz eingreicht, mit dem die Bundespolizei weit freiheitsbeschränkende Massnahmen anordnen kann, ohne dass gegen das Strafrecht verstossen wurde. Dazu Art. 23e Abs. 2): "Als terroristische Aktivität gelten Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, die durch die Begehung oder Androhung von schweren Straftaten oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen."

Beim Einreichen der Unterschriften verkündet Fedpol auf Twitter: «La nouvelle loi antiterroriste permettrait d'agir plus vite» (Mit dem neuen Antiterror-Gesetz können wir schneller handeln). Meines Erachtens hätte die Bundespolizei auf seinem offiziellen Twitter-Kanal zu schweigen. Generell wünschte ich mir mehr Zurückhaltung seitens der Behörden.

Information ja, Beeinflussung nein. In Covid-Zeiten fallen da ganz grundsätzlich Hüllen. Fast schon täglich erfolgen Pressekonferenzen, an denen neue Massnahmen verkündet werden. Sätze wie "Die Mutationen seien «eine Pandemie in einer Pandemie»" zeigen, mit welchen Worthülsen informiert wird.

Extrem problematisch ist, dass die Informationen von den Medien unreflektiert übernommen werden. Leider, oft noch schlimmer, in einer Art Ping-Pong-Spiel schaukeln sich Medien und Behörden zu immer noch schärferen Massnahmen (Diskussion um Masken ist jetzt auf FFP2-Niveau angelangt) hoch. Dabei wäre dagegen halten, relativ einfach. Es gibt viele gute, sehr gute Gründe, die allesamt gegen die aktuellen Massnahmen sprechen.

Erstens sind sie so nicht durchführbar (z.B. das korrekte und richtige Maskentragen), sie führen nicht zu einer Lösung (Aerosole durchdringen alle Hygiene-Masken), zweitens fehlt es an einer demokratischen Legitimation (nach einem Jahr Pandemie unerträglich) und drittens ist das Kosten/Nutzen-Verhältnis derart tief, dass nur Schulden à gogo entstehen.



Schlimmer noch ist aber, dass all diese Massnahmen kein Ende nehmen. Stellvertretend für viele möchte ich drei besonders krasse und willkürliche "Massnahmen" anführen:

Zwingende Massentests an Schulen

Zwingende Massentests für Sekundarschüler im Kanton Zug ab nächster Woche. die Schweizer Lehrer hoffen, dass alle Kantone nachziehen (Luzerner Zeitung, 3.2.2021).

Die Zuger Behörden legitimieren die Massnahme damit, dass der Bundesrat die Quarantäne verschärft habe und dass symptomlose Menschen ansteckend seien. Dass der PCR-Test sowohl falsch positiv wie negativ sein können, wird genauso unterschlagen als auch die gesetzliche Legitimation der Massnahmen. Bezeichnend auch das Bild: Im Hintergrund ein Mann in Uniform (Zivilschutz?), vorne eine medizinische Person mit FFP2-Maske und davor ein Mädchen (wohl eher Mittelstufe), die einen Nasenabstrich über sich ergehen lassen muss. Bildunterschrift: "Corona-Test im Klassenzimmer: Bilder wie diese werden zum Alltag."

Zwingende Registrierung bei Einreisen

Personen, die aus Staaten oder Gebieten ohne erhöhtes Ansteckungsrisiko in die Schweiz einreisen, müssen ihre Kontaktdaten elektronisch oder auf Papier nur erfassen, wenn die Einreise mit Bahn, Bus, Schiff oder Flugzeug erfolgt.

Die Verordnung tritt auf den 8. Februar 2021 in Kraft. Welche Legitimation gibt es, dass der Staat die eigenen Bürger/innen derart schikaniert und überwacht? Nicht nur, dass eine solche Massnahme jene bevorzugt, die mit dem Auto, zu Fuss, per Zweirad (mit/ohne Motor), Die Massnahme gilt eben dann wieder nicht, wenn jemand aus einem grenznahen Gebiet (Grenzgänger/innen) einreist, oder aus einem Gebiet, wo ein kultureller Austausch stattfindet?!?

Ein paar Tipps möchte ich hier anfügen: 1) Für Italien-Reisende mit dem Zug: Steigt in Como aus, nehmt ein Taxi oder den Bus und weiter geht es Chiasso. Deutschland-Schweiz: Steigt in Basel Badischer Bahnhof aus und nehmt das Trämli. Frankreich Schweiz: An sich reist ihr dann zu Fuss ein, denn der Zug fährt nur bis Basel Französischer Bahnhof. Wer dem nicht traut, nehme von St. Louis ein Taxi. Österreich: Reist über Konstanz ein, dann mit Taxi oder zu Fuss, dann greift die Verordnung nicht. 2) Falls es dennoch Ärger gibt, füllt die Zettel handschriftlich mit gesundem Menschenverstand aus. Wichtig: Das ist keine Anleitung zum Nachmachen, sondern ein Anstoss zum Nachdenken über notrechtlichen (Un-)Sinn.

Querdenker müssen sterben -- aber nicht an Corona

Die ersten Impfstoffe sind da. Alle wissen, dass die Entwicklung und Zulassung dieser nicht nach den üblichen Standards bzw. dem normalerweise notwendigen Zeitrahmen von einigen Jahren erfolgte. Trotzdem scheint es nicht so, dass aktuell sehr grosse Skeptik gegenüber den Impfungen besteht, die Wartelisten sind lang, es fehlt an Impfdosen hüben wie drüben. Trotzdem sollen möglichst alle für die neuen Impfungen "begeistert" werden. Eine Agentur in Berlin wählte dazu eine Guerilla-Aktion.

An sich dachte ich zuerst, dass sei ein Fake aus der dunkelsten Ecke jener, die ganz generell die Existenz der (Covid-)Viren leugnen und die Erde noch immer als eine Langspielplatte halten (ob die katholische Kirche darüber hinweg ist, weiss ich jetzt allerdings nicht). Es ist aber leider davon auszugehen, das war kein Scherz und auch kein Pamphlet, sondern es war die Idee, die Leute mit "drastischen" Aussagen zum Impfen zu motivieren.

Auch wenn die Empörung danach wirkte, so ist bereits der Aufruf "Querdenker müssen sterben" absolut unhaltbar, genauso wie es in keiner Weise geht (anderes Plakat), dass AfD-Wähler oder Tätowierte sterben müssten. Der plakative Zusatz "aber nicht an Corona" kann nur noch als Aufruf zu Gewalt verstanden werden, selbst wenn auf der Seite die Aussage (knapp) abgeschwächt wird; das Kleingedruckte wird heute kaum mehr gelesen). Aktuell ist die Seite wir-alle-müssen-sterben.de ohne Inhalt, einzig bei archive.org finden sich die originären Inhalte (wenn oder dankeswerterweise ohne provokative Plakate).

ERNST der Lage erkennen

Ich hatte in den letzten 12 Monate viele Gespräche. Es gibt dabei jene, welche alle Massnahmen immer grundsätzlich gut finden (Motto: es muss etwas geschehen). Verbreiterter waren jene, die argumentierten, es sei zwar nicht alles ideal, aber nie so schlimm wie ich es sehen würde.

Ich möchte all jenen, die glauben, der "Corona-Spuk" (das die Aussage jener, die einfach glauben, das ginge vorbei) würde sich irgendwann in Luft auflösen, mit auf den Weg geben, schön wenn es so kommen sollte. Aber, die Chance, dass dem so sein wird, schwindet mit jedem Tag, mit jeder unsinnigen Massnahme. Zurück bleiben aber werden immense Schulden und Schäden in Gesellschaft und Wirtschaft.

P.S: Heute bin ich ungeplant in eine Hochzeitsgesellschaft im erweiterten Familienkreis geplatzt Mitgefeiert habe ich nicht, trotzdem wünsche ich dem Brautpaar die allerbesten Wünsche. Traurig ist, dass eine derart zentrale Feier mit ca. 15 Gästen im Februar 2021 geheimgehalten werden muss, denn aktuell ist selbst ein Hochzeitsfest mit mehr als fünf Personen illegal. Zulässig, und das ist leider kein Witz, wären einzig Beerdigungen.







